

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzesse 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 187.

Dresden, Freitag den 14. August 1908.

19. Jahrg.

Die Lösung der „orientalischen Frage“.

I.

Es gibt kein Stück Landes auf dem Erdballe, dem in der politischen Entwicklung und Entwicklungsgeschichte Europas Völkern eine wichtigere Rolle zufiele und das inmitten der folgenschweren, alles bewegenden Ereignisse eines nahezu dreihundertjährigen Menschen- und Weltengemisches allgegenwärtiger gewesen wäre, als jenes blutgetränkte, immerwährend rumorende Gebiet der Balkanhalbinsel, das man während dieser ganzen langen Zeit — mehr oder minder umschrieben oder erweitert, richtig oder willkürlich — kurzweg **Wagezonen** nannte. So schrieb im Jahre 1904 Alexander Petrovic, gewesener Chef des Fremdenbüros im serbischen Ministerium des Auswärtigen, in seinem Buche „Wagezonen und die Lösung seines Problems“. In der Tat hat das, was man die „wagezonische Frage“ nannte, seit Jahrzehnten ganz Europa stets in Unruhe versetzt, sie war tonangebend im europäischen „Völkerkonzert“, blutige Kriege sind aus ihr entstanden und erst in den letzten Monaten hatte sie wieder eine Kriegsgefahr herausbeschworen. Mehr und mehr greift auch die Anschauung Platz, daß das Ziel zur Lösung der wagezonischen Frage das sein müsse, was Petrovic in den Worten ausdrückt: „Die allmähliche Verdrängung der Türkenherrschaft aus Europa ist jetzt mehr denn je zuvor ein Gebot des Weltfriedens und des sittlichen und ökonomischen Fortkommens aller zivilisierten Völker unseres Festlandes. Längs der ganzen Balkanhalbinsel werden nur dann Ruhe und Ordnung einkehren, wenn der Türke von dort gänzlich verschwunden sein wird.“

Diese Auffassung wurde auch in sozialistischen Kreisen geteilt. Im Jahre 1898 nahm eine große öffentliche Versammlung in Sofia, die von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens einberufen war, nach Referaten von Dr. Malowki und Scharloff eine Resolution an, in welcher die Unabhängigkeit Wagezonen und aller übrigen Balkanstaaten verlangt wurde. Aber es handelte sich auch nicht nur um die wagezonische Türkei, nicht nur um Wagezonen, um die unter der türkischen Herrschaft leidenden Bulgaren, Serben, Griechen usw., sondern auch um Armenien, wo sich ähnliche Zustände wie die in Wagezonen herausgebildet hatten. Im Jahre 1896 verlangte Rosa Luxemburg in der Sachsischen Arbeiterzeitung und Eduard Bernstein in der Neuen Zeit eine Unterstützung der Armenier und Balkanvölker durch die deutsche Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie, schrieb Bernstein, habe ihre Stimme zum Protest zu erheben, die Bewegung im Lande zu unterstützen, die von Deutschland energische Unterstützung der Armenier verlangt, sie habe eine Orientpolitik zu fordern, „die dem Wohl und eingeschlossen darauf hinberichtet, die Türkei durch Amputation des Restes der zentralen Teile und eine Verwaltung europäischen Stils in ein einheitliches, lebensfähiges Staatswesen zu verwandeln, das inslande ist, auf eigenen Füßen zu stehen — heute die einzige Möglichkeit, die Türkei von Rußland zu emanzipieren“. Wohlrecht und andere Sozialdemokraten vertraten zwar damals einen entgegengegesetzten Standpunkt. Die Regeneration der Türkei könne nur von innen heraus kommen, nicht durch äußere Einwirkungen. Die Kämpfe in Wagezonen und Armenien seien von Rußland inszeniert, die Türkei sei toleranter und viele mehr Freiheit als die anderen Staaten, die ihre Aufstellung erstreben, die Türkei bleibe einen Schritt gegen das weitere Vordringen Rußlands. Aber nach Wohlrechts Tod trat auch der Vorwärts sehr lebhaft dafür ein, daß Deutschland sich der unterdrückten und ausgebeuteten Armenier anzunehmen habe, von der Türkei Reformen verlangen müsse, und auch im Reichstage wurde von einem Redner der sozialdemokratischen Fraktion die Stimme für Armenien erhoben. Kurz in den letzten Jahren hat auch die deutsche Sozialdemokratie in der orientalischen Frage ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen versucht, daß Deutschland gegen die Türkei austreten müsse, zum Schutze der unterdrückten Völker. Die deutsche Regierung ist zwar das Gegenteil, sie blieb — abgesehen von allen Staaten Europas! — auf Seite der türkischen Regierung stehen und suchte durch Liebedienerei vor der türkischen Regierung Vorteile für die deutschen Kapitalisten zu erringen. Aber im übrigen schien in der jüngsten Zeit alles sonst darauf hinzuwirken, der europäischen Herrschaft der Türkei ein Ende zu machen und die orientalische Frage durch ein gemeinsames Vorgehen einer Lösung zuzuführen. Die fortwährenden Kämpfe bulgarischer, serbischer und griechischer Völker hatten zweifellos die Vorsehung Wagezonen und Kretos von der Türkei zum Ziele. Und Deutschlands „Türkenfreundlichkeit“, die den deutschen Kapitalisten vom türkischen Staate garantierte Schutzkonzeptionen einbrachte, hat nicht wenig dazu beigetragen, die übrigen europäischen Mächte, besonders England und Rußland, zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Türkei zu bewegen. Solange Rußland und England in der türkischen Frage Absaken waren, von denen immer einer ein Gegengewicht gegen den andern bildete, hatte die Türkei nichts zu fürchten. Aber nachdem vor etlichen Wochen sich England und Rußland verständigten und sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Türkei einigten, wozu durch Einsetzung eines nichttürkischen Gouverneurs die Herrschaft der türkischen Regierung über Wagezonen ausgedehnt und durch Verfüzung über die Einkünfte aus Wagezonen der türkischen Regierung die größten finanziellen Schwierigkeiten bereitet werden sollten, war die Türkei in die Enge getrieben, daß die völlige Trennung der Balkanstaaten von der Türkei als bevorstehend zu betrachten war. Da trat ein Ereignis ein, das die ganze „orientalische Frage“ mit einem Schlage einer ganz anderen Lösung entgegenzuführen scheint, als aus den bisherigen, jahrzehntelangen Kämpfen zu schließen war: nachdem der Sultan, der dringenden Not gehorchend, die Verfassung pro-

klamiert hatte, die überlebte feudale Staatsform getrümmert war, das Volk seine Geschicke selbst bestimmen konnte, scharten sich alle die Völker, welche bisher die ausländischen Mächte zu ihrem Schutze gegen die Türkei angerufen und die selbst durch einen blutigen Guerillakrieg ihre Losrennung von der Türkei erstrebt hatten, um die neue türkische Regierung und schlossen sich mit großer nationaler Begeisterung von neuem an das neue türkische Reich an!

Nicht in der Losrennung von Wagezonen und Armenien von der Türkei hat die orientalische Frage von ihrer Lösung gefunden, sondern in der Befestigung des türkischen Reiches, nicht in der Verdrängung der türkischen Herrschaft von der Balkanhalbinsel, sondern in ihrer dauernden Festigung! Und wenn wir jetzt unterfragen, was den „türkischen Wirren“ ein Ende gemacht hat, wie die „orientalische Frage“ gelöst wurde, durch eine Entwicklung von innen heraus oder den äußeren Einfluß der europäischen Mächte, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß nur durch das Zusammenwirken der beiden Tendenzen dieses Resultat erzielt wurde. Ohne die jungtürkische Bewegung, welche aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei herauswuchs, hätte vielleicht ein blutiger Krieg den Abschluß der „Reformation“ gebildet, oder das Diplomatenspiel und das Kopfschneiden auf der Balkanhalbinsel hätten noch lange gedauert. Ohne die durch die Einwirkung der fremden Mächte geschaffene Zwangslage der türkischen Regierung wäre aber auch der Sieg der Jungtürken nicht so rasch und so glatt vor sich gegangen. Nun aber, da das feudale Regime beseitigt ist, fallen auch die Ursachen weg, welche die Wirren der Völker in Wagezonen und Armenien hervorriefen, und damit die Ursachen der Trennung. Der neue, selbstgeschaffene türkische Staat verspricht diesen Völkern jetzt eine bessere Zukunft, als wenn sie in die Abhängigkeit anderer Staaten lämen oder ganz auf sich selbst angewiesen wären. Jedenfalls erwarten sie nun eine ruhigere Entwicklung durch Einstellung des Kampfes und gemeinsame Arbeit mit dem großen türkischen Reich als durch eine weitere gegenseitige Zerstückelung.

Es muß als ausgeschlossen gelten, daß die Einführung der Konstitution in der Türkei nur ein kurzer Traum sein werde, wie vor 30 Jahren. Denn die Konstitution wurde diesmal nicht vom Sultan „gewährt“, sondern erzwungen. Und eine abermalige Verdrängung der eingeführten Freiheiten und Rechte würde ein Auseinanderreißen des türkischen Reiches zur Folge haben, während die Verfassung die verschiedensten Völker zusammenhält. Der jetzt geschaffene Zustand kann aber auch eine große Einwirkung auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas haben. Die Türkei ist ein Reich so groß wie das europäische Rußland, das ungeheure Reichtümer in sich birgt. Der kapitalistischen Entwicklung ist in diesem Reichreich nun der Boden gebreitet, Fabriken und Eisenbahnen werden nun in großer Zahl entstehen und der Handel sich beleben. Mit dem Verschwinden der „türkischen Wirren“ wird eine ständige Kriegsgefahr beseitigt und die demokratische Entwicklung hat eine neue Stütze und Förderung gefunden. Die „orientalische Frage“ war in ihrem eigentlichen Wesen bisher auch nur der Konflikt, der sich aus der kapitalistischen Entwicklung der europäischen Länder, der Balkanstaaten und Armeniens, und dem türkischen Feudalismus ergab. Nachdem die Türkei „europäisiert“ ist, der politische Oberbau der Türkei der kapitalistischen Produktionsweise und den kapitalistischen Interessen angepaßt ist, fallen die inneren Konflikte und auch der Vorwand zu den bisherigen äußeren Konflikten weg. Das bedeutet die Lösung der „orientalischen Frage“. Wir werden das in einem folgenden Artikel durch Darlegung der inneren Verhältnisse des großen türkischen Reiches und den Interessen der europäischen Staaten näher erklären.

England und Deutschland.

Es bestätigt sich, daß der König Edward von England bei seinem letzten Aufenthalt in Cronberg einen Staatsbesuch in Berlin in Aussicht gestellt hat. Nach englisch-konstitutionellen Auffassungen ist ein solcher Besuch keineswegs nur ein rein höfliches Ereignis, sondern ein politischer Akt und als Repräsentant der britischen Nation besucht der König nicht nur seinen deutschen Reffen und Vorkolllegen, sondern auch das deutsche Volk. Die bekannten Formen einer solchen Visite sind uns Sozialdemokraten als Gegnern der Monarchie getoß durchaus unympathisch, das kam aber nicht hindern, die Abfahrt der englischen Regierung zu würdigen, die sich in der Ankündigung dieses Staatsbesuches ausdrückt.

Zwischen England und Deutschland besteht gegenwärtig kein Anlaß zu Konflikten. Von den beiden Fragen, an denen der Geschichtsprofessor Lamprecht das Schicksal Deutschlands hängen und die Kriegsfußel sich entzündeten sah, der marxistischen und der wagezonischen, ist die erste heute nur noch ein Gegenstand der allgemeinen Langeweile, die zweite aber durch die türkische Revolution für absehbare Zeit ausgeschlossen und erledigt. Gerade der Mangel aktueller Gegenstände läßt die tiefere Ursache der dauernden deutsch-englischen Spannungen nur noch schärfer hervortreten. Man versichert ein halb- und vierteljährlich, daß die „freundschaftliche Aussprache“ von Cronberg ausgegangen verlaufen, daß aber die Frage der maritimen Rüstungen dabei nicht berührt worden sei. Und das ist eine offiziöse Versicherung, die allgemein geglaubt zu werden verdient. Denn wiederholt ist von deutscher Seite in offizieller und schärfster Form ausgesprochen worden, daß es für Deutschland eine Frage der Rüstungseinhaltung

nicht gebe. Diese Frage aber ist es gerade, die die politischen Kreise Englands heute auf lebhafteste beschäftigt.

Soviel Liebertreibung auch in den Befürchtungen liegt, die von den englischen Nationalisten im Volke verbreitet werden, ist doch nicht zu verkennen, daß ein Nachbarstaat, der in seiner inneren Politik fast ganz, in seiner äußeren aber ganz absolutistisch regiert wird, und der dabei unter tönender Verfüzung ungeheurer weltpolitischer Ziele ein Schlachtopfer nach dem anderen baut, für den englischen Staat und das englische Volk eine Quelle der Beunruhigung sein muß.

Man weiß in England, daß der deutsche Liberalismus vollständig dem nationalen Chauvinismus verfallen ist und daß es in Deutschland nur eine einzige wirkliche Friedenspartei gibt, die Sozialdemokratie. Sie ist es ja allein, die die unheilvolle Flottenpolitik des neuen Kurzes — die ohne die Macht des Reiches um ein Quentchen zu vermehren, ohne auch nur das Kräfteverhältnis der Flotten untereinander zu verschärfen, die internationale Situation bis zur Unerträglichkeit verschärfte — mit Entschiedenheit bekämpft hat und noch bekämpft. Wenn also König Edward, woran wir zu zweifeln keinen unmittelbaren Anlaß haben, wirklich ein Freund des Friedens ist, wird er sich gewiß auch freuen müssen, bei seinem bevorstehenden Besuch in Berlin in eine gut sozialdemokratisch gesinnte Stadt zu kommen. Er kennt die wachsende Bedeutung einer sozialistisch gerichteten Arbeiterpartei in seinem eigenen Lande und kann kaum daran zweifeln, daß bei einer künftigen gegenseitigen Verständigung der Völker auch die deutsche Sozialdemokratie eine wichtige Rolle als Vermittler zu übernehmen bezufen ist, ja daß diese Verständigung erst möglich sein wird, sobald sich die politische Position der großen „waterlandslosen“ Partei des deutschen Volkes von Grund aus geändert haben wird. Sozialisten an sich aber bleiben ohne Bedeutung.

Roosevelt und Rockefeller.

Wie es vor etwa zwei Jahren unter der Initiative des Präsidenten Roosevelt ein Kampf gegen die Trusts eingeleitet und als erstes Opfer die Standard Oil Company ausgerufen wurde, glaubte der größte Teil der Öffentlichkeit an den Erfolg des aufgenommenen Kampfes. Schon damals wurden aber auch Stimmen laut, daß wohl nichts erreicht würde. Zunächst schien es, als ob ein solches Urteil über Roosevelts Aktion gegen Rockefeller etwas vorzeitig gewesen wäre. Wurde doch von der ersten gerichtlichen Instanz über die Standard Oil Company eine ganz exemplarische Strafe in Höhe von 29 Millionen Dollar verhängt. Aber schon gleich tauchten Zweifel auf, ob das Urteil juristisch unanfechtbar sein würde.

Verlangt man eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Company, die eine so hohe Strafe nie hätte bezahlen können. Der Bundesrichter Landis verurteilte daher die Muttergesellschaft. Diese Gesellschaft ging an die höhere gerichtliche Instanz und hat nun den Erfolg zu verzeichnen, daß der Appellgerichtshof in Chicago das Urteil des Vorderrichters in wenig schonerer Weise umgestoßen und eine neue Verhandlung des Falles angeordnet hat.

Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Entscheidung auf die öffentliche Meinung in Amerika ausgedrückt hat: Rockefeller, der Trustmagnat, triumphiert über den scheiternden Roosevelt, den Verdrücker der Sozialdemokratie! Man findet in dem Resultate des gerichtlichen Vorgehens bestätigt, was der Richter David Lewis amüßig so ausgedrückt hat: „Große Mächtigkeiten, fest verbundene Interessengruppen besetzen die Wege zur Macht. . . Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß sie durch Einwirkung von geschickten Vermittlungen einige Staaten beherrschen und die Gerichte fortpumpieren, daß sie mächtig im Kongreß und strupplos in der Anwendung von Mitteln sind. . . Was sind in Amerika für Enqueteen, für Untersuchungen, für Prozesse geführt worden. Es ist niemals etwas anderes erreicht worden, als daß man eine For in aufgab, während die Sache genau so blieb wie bisher.“

Man wird vielleicht einwenden, daß eine neue Verhandlung wieder zur Beurteilung führen könne. Man mag diese Möglichkeit ruhig annehmen — bis aber die Beurteilung perfekt worden wird, werden noch Jahre vergehen, und der Effekt bleibt vorläufig auf alle Fälle der, daß die staatliche Macht vor der Liebertreibung der Trusts kapitulieren muß. Selbst bei einer definitiven Beurteilung läge der Fall nicht viel anders, wenn freilich auch der Eindruck der Öffentlichkeit für die staatliche Autorität weniger nachteilig wäre. Denn nichts anderes hat das impulsive und unbedachte Vorgehen des Präsidenten Roosevelt erzielt als eine erhebliche Schwächung der staatlichen Autorität; der Präsident konnte nicht einmal die von ihm gewollte Beurteilung des Rockefellerischen Trusts durchsetzen.

Das war aber vorausgesehen, und es war unklar, trotzdem die gerichtliche Aktion einzuleiten. Oder sollte etwa das vergebliche gerichtliche Vorgehen die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens gegen die Trusts überzeugen? An bei dieser Taktik würde indes ein Mißerfolg herauskommen. Denn weder im Senat, noch im Kongreß fände sich bei ihrer Zusammenberufung eine Mehrheit, die regressiv Gesetze gegen die Trusts beschließen würde. Das ist eben das Verhängnis der ganzen Aktion, daß man die Trusts um jeden Preis unterdrücken will. Jede Gesetzgebung, die noch diesem Nezept arbeitet, muß scheitern, wie ja gerade die verfehlten Gelegenheitsgesetze gegen die Trusts, die in den Vereinigten Staaten dann und wann gemacht worden sind, zur Genüge dartun. Man kann und soll die Trusts überwachen, sie zur weitestgehenden Publizität zwingen, sie durch staatliche Kontrollen kontrollieren, man kann die Trustgesellschaften schließlich auch verstaatlichen, aber man soll sich nicht einbilden, den Weg der wirtschaftlichen Umwandlung, der zum Zusammenbruch auf dem Gebiete der Produktion und der Verteilung drängt, verperrnen zu können. Mögen die Auswüchse der Trusts und Kartelle in einzelnen Fällen auch noch so himmelsstreichend sein, in allen diesen Verbindungen steckt doch der Gedanke, daß sich eine Zentralisation der wirtschaftlichen Kräfte vollzieht. Diese Seite wird auch sehr häufig in der deutschen Literatur völlig übersehen. Ein energischer Gegner Rockefeller in Deutsch-

Die Lösung der „orientalischen Frage“...
 England und Deutschland...
 Roosevelt und Rockefeller...

Die Lösung der „orientalischen Frage“...
 England und Deutschland...
 Roosevelt und Rockefeller...